



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 37/19 • 17.10.2019



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

derzeit beschäftigen die EU zwei Themen, die beide leider schleppender vorangehen als erhofft.

Zumindest in der Brexit-Frage macht es jedoch den Anschein als seien diese Woche entscheidende Schritte geschafft worden. Laut EU-Ratspräsident Tusk ist ein Brexit-Abkommen zwischen Großbritannien und der EU weitgehend fertig. Es sollen zu nahezu allen offenen Fragen, auch zur Regelung der Zölle an der irischen Grenze, Einigungen erzielt worden sein. Ungeklärt seien noch Details bei der Mehrwertsteuer. Es herrscht vorsichtiger Optimismus. Unterhändler werden nun einen Vertragstext ausarbeiten, den die EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfel heute und morgen billigen könnten.

Weiteres Thema ist der Amtsantritt der neuen Kommission, der eigentlich für den 1. November geplant war, nunmehr aber auf den 1. Dezember verschoben werden musste. Nach dem Scheitern von drei designierten Kommissaren im Nominierungsverfahren, jeweils wegen Zweifeln an deren persönlicher Integrität, kippte die Führung des EU-Parlaments gestern den bisherigen Zeitplan. Frankreich, Rumänien und Ungarn müssen neue Kandidaten präsentieren. In Rumänien ist die Nominierung erschwert durch den Sturz der sozialdemokratischen Regierung. Der französische Präsident Emmanuel Macron will sich nach Angaben aus Regierungskreisen noch einige Tage Zeit lassen. Ob sich unter diesen Umständen der neue Termin halten lassen wird, bleibt abzuwarten. Bis dahin wird die von Jean-Claude Juncker geführte Kommission weiter arbeiten.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung





Inhaltsverzeichnis

Vorwort 2

Aus den Institutionen 5

- Europäisches Parlament - Fake News und ausländische Einmischung in Wahlen in Europa
- Rat "Umwelt"
- Rat „Landwirtschaft und Fischerei“
- Europäische Kommission - Antidumpingzölle auf Stahlräder aus China
- Europäische Kommission - Bericht: EU-Haushalt besser vor Betrug geschützt
- Europäische Kommission – Konsultation zur Umsetzung der Kapitalregeln für Banken und zu Referenzindizes
- Europäische Kommission - Öffentliche Konsultation zu den bestehenden Vorschriften zur strafrechtlichen Verfolgung von Umweltstraftaten
- Europäische Kommission - Mit Westbalkan-Staaten gegen Terrorismus
- Europäischer Forschungsrat: Förderung für innovative 26 deutsche Wissenschaftler
- Sachsen-Anhalt bei der Konferenz der Automotive Intergroup im Ausschuss der Regionen vertreten

Aus den Fachbereichen 12

- Albanien und Nordmazedonien - Von der Leyen für Beitrittsgespräche
- Gleichstellungsindex 2019
- Projekte mit deutscher Beteiligung erhalten den Preis der RegioStars 2019
- EU bewertet Sicherheitsrisiken von 5G-Netzen
- Youthpass - Schon eine Million Zertifikate ausgestellt

3

Was, wann, wo 16

- Nico and the Navigators – Verrat der Bilder-trahision des images - Augmented Reality Performance zum 100- Jährigen Bauhaus- Jubiläum
- Junge Europäische Föderalisten zu Gast in der Landesvertretung Brüssel
- Mahnwache in Brüssel in Gedenken an die Gewalttat in Halle
- Besuch von Auszubildenden der Stadt Bitterfeld-Wolfen in der Landesvertretung
- Die unendliche Feinheit des Raumes - Theatrum sonorum nach Otto von Guericke „Experimenta nova“ von Oliver Schneller
- Die EU-Ratspräsidentschaft Finnlands: ein nachhaltiges Europa – eine nachhaltige Zukunft
- Gesundheit europäisch en vogue – Finden Sie mit dem Enterprise Europe Network Kooperationspartner auf WHINN und Medica!

Ausschreibungen 22

- KOM - Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen „Unterstützung von Informationsmaßnahmen zur EU-Kohäsionspolitik“
- 67. Europäischer Wettbewerb - „EUnited - Europa verbindet!“
- Ausbildungsplätze für Rechtsreferendare in der Europäischen Kommission hier: GD Umwelt, internationale Beziehungen



<u>Kontaktbörse</u>	24
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	27
• Neu in der Landesvertretung – Hospitant Stefan Glasewald	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	31
<u>Impressum</u>	32



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäisches Parlament - Fake News und ausländische Einmischung in Wahlen in Europa



Ausländische Einmischung in Wahlen ist eine ernsthafte Bedrohung europäischer demokratischer Gesellschaften. EU-feindliche, rechtsextremistische und populistische Kräfte profitieren davon.

Versuche, die politische Entscheidungsfindung in der EU zu beeinflussen, gefährden die europäischen demokratischen Gesellschaften, so das Parlament in der am Donnerstag angenommenen mit 469 Stimmen bei 143 Gegenstimmen und 47 Enthaltungen angenommenen Entschließung.

Das Parlament unterstreicht, dass die Einmischung des Auslands ein systematisches Muster aufweist. Dazu gehörten unter anderem Desinformationskampagnen in den sozialen Medien, um die öffentliche Meinung zu gestalten, Cyberangriffe auf im Zusammenhang mit Wahlen kritische Infrastruktur oder die direkte und indirekte finanzielle Unterstützung von politischen Akteuren.

Die Abgeordneten verweisen mit Besorgnis darauf, dass ausländische Akteure auch dort, wo die zulässigen Quellen für Parteienfinanzierung durch Gesetze beschränkt werden, Möglichkeiten zur Umgehung dieser Gesetze finden.

Sie sind zutiefst besorgt über den „äußerst gefährlichen Charakter insbesondere der russischen Propaganda“, die die Hauptquelle für Desinformationen in Europa sei. Die Anzahl der seit Januar 2019 dokumentierten Fälle von Desinformation, die russischen Quellen zugerechnet werden (998 Fälle), ist mehr als doppelt so hoch ist wie jene in demselben Zeitraum im Jahr 2018 (434 Fälle), heißt es in der Entschließung.

Das Parlament verurteilt zudem die „immer aggressiveren Tätigkeiten“ aus Drittstaaten aufs Schärfste, mit denen die Souveränität aller EU-Beitrittsländer des Westbalkans und der Länder der Östlichen Partnerschaft untergraben werden sollen.

Die Abgeordneten fordern, dass die [East StratCom Task Force](#) der EU aufgewertet und zu einer dauerhaften Struktur mit einer erheblich höheren Mittel- und Personalausstattung als bisher wird. Sie verlangen auch, dass Internetunternehmen und Unternehmen der sozialen Netzwerke bei der Bekämpfung von Desinformationen zusammenzuarbeiten sollten, ohne die Redefreiheit einzuschränken. Die EU soll zudem einen Rechtsrahmen zur Bewältigung hybrider Bedrohungen ausarbeiten.

Die Europäische Union setzt sich seit 2015 aktiv für die Bekämpfung von Desinformation ein, als die East StratCom Task Force im Europäischen Auswärtigen Dienst eingerichtet wurde, um die politischen Prioritäten der EU gegenüber ihrer östlichen Nachbarschaft wirksam zu vermitteln. Im Oktober 2018, im Vorfeld der Europawahl, wurde der Verhaltenskodex für den Bereich der Desinformation von Facebook, Google, Twitter und Mozilla sowie 2019 von Microsoft unterzeichnet, wobei die Unternehmen sich auf freiwilliger Basis auf Selbstregulierungsstandards zur Bekämpfung von Desinformationen einigten. Im Dezember 2018 veröffentlichte die Europäische Kommission einen [Aktionsplan gegen Desinformation](#). Bis Ende 2020 werden in den Mitgliedstaaten mehr als 50 Präsidentschafts-, nationale, lokale oder regionale Wahlen stattfinden. • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)



Rat "Umwelt"

Am 4. Oktober 2019 tagten die Umweltministerinnen und -minister der EU-Mitgliedstaaten in Luxemburg. Der Klimawandel nahm einen breiten Raum in den Beratungen ein. Der Rat nahm einstimmig [Schlussfolgerungen](#) an, in denen der Standpunkt der EU für die Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP25) im Dezember 2019 in Santiago de Chile festgelegt ist. Die EU fordert darin ein dringend notwendiges verstärktes globales Handeln und bekennt sich zu einem entschlossenen Eintreten für den multilateralen Prozess und die angestrebten Ziele. Weiterhin führte der Rat eine Orientierungsaussprache über die strategische, langfristige Vision der EU für eine klimaneutrale Wirtschaft. Die Ministerinnen und Minister verabschiedeten ebenfalls [Schlussfolgerungen](#) zum Thema "Mehr Kreislaufwirtschaft – Übergang zu einer nachhaltigen Gesellschaft". Darin wird die Kommission aufgefordert, einen ehrgeizigen, langfristigen strategischen Rahmen für eine Kreislaufwirtschaft vorzulegen und einen neuen Aktionsplan mit gezielten Maßnahmen anzunehmen. Neben verschiedenen Berichten aus den Mitgliedstaaten und von internationalen Konferenzen sowie der KOM-Mitteilung zum Schutz und zur Wiederherstellung der Wälder in der Welt erörterte der Rat auch das 8. Umweltaktionsprogramm. Er nahm auch hierzu [Schlussfolgerungen](#) an, in denen die EU-Kommission aufgefordert wird, spätestens bis Anfang 2020 einen ambitionierten und zielgerichteten Vorschlag für das 8. Umweltaktionsprogramm (UAP) vorzulegen. Die vollständige Pressemitteilung mit weiterführenden Links finden Sie [hier](#). • ms

Rat „Landwirtschaft und Fischerei“

Die Landwirtschafts- und Fischereiminister/innen trafen sich am 14. und 15.10.2019 in Luxemburg. Auf der Tagesordnung stand eine Vielzahl von fischerei- und agrarpolitischen Themen. Bei der Gemeinsamen Fischereipolitik einigten sich die Mitgliedstaaten auf eine Reduzierung zahlreicher Fangquoten für die Ostsee im Jahr 2020. Am stärksten fielen die Kürzungen beim Hering in der westlichen Ostsee um 65 Prozent und beim westlichen Dorsch um 60 Prozent aus. Die Beschlüsse sehen auch eine Reduzierung der Tageshöchstfangmenge für die Freizeitfischerei bei Dorschen vor. Grundlage der Beschlüsse sind neueste wissenschaftliche Gutachten, die auf einen schlechten Zustand in der Ostsee hinweisen. Zum Vorschlag der Kommission für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020 legte die finnische Ratspräsidentschaft einen Sachstandsbericht vor, der im Rat öffentlich diskutiert und zu dem die wichtigsten noch zu beratenden Themen, wie „neues Umsetzungsmodell“ und „grüne Architektur“ identifiziert wurden. Im Bereich der Forstwirtschaft führte der Rat einen Gedankenaustausch über die Mitteilung der Kommission "Intensivierung der EU-Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der Wälder in der Welt" sowie über die künftige EU-Forststrategie für die Zeit nach 2020. Weitere Erläuterungen und Hinweise auch zu den weiteren Themen enthält die [Pressemitteilung](#) des Rates sowie eine [Dokumentation](#) der Ergebnisse (engl.). • ms



Europäische Kommission - Antidumpingzölle auf Stahlräder aus China

Die Europäische Kommission hat am 10. Oktober vorläufige [Antidumpingzölle auf Stahlräder aus China](#) eingeführt. Diese Maßnahme ist Teil einer laufenden Untersuchung, mit der die Kommission prüft, ob Stahlräder aus China einen unfairen Wettbewerb für EU-Unternehmen darstellen. Die vorläufigen Zölle von 50,3 bis 66,4 Prozent werden zunächst für einen Zeitraum von sechs Monaten eingeführt, bis die endgültigen Ergebnisse der Untersuchung vorliegen. Ebenso leitete die Kommission heute eine [Untersuchung der Einfuhren von bestimmten warmgewalzten Flacherzeugnissen aus nicht rostendem Stahl in Tafeln oder Rollen](#) (Coils) aus China und Indonesien ein. Eine weitere Antidumpinguntersuchung für dieselben Produkte aus Indonesien und Taiwan läuft bereits seit August dieses Jahres. Die Untersuchung bezüglich der Stahlräder aus China bezieht sich auf mögliche wettbewerbsverzerrende Maßnahmen, die Unternehmen mit Sitz in Belgien, Finnland, Frankreich, Italien und Spanien gefährden, die insgesamt etwa 2.300 Mitarbeiter beschäftigen. Der Markt für warmgewalzte Edelstahlbleche und -rollen in der EU hatte im Jahr 2018 ein geschätztes Volumen von 2,4 Mrd. Euro. Auf Importe entfällt dabei ein Volumen von rund 866 Mio. Euro, davon 458 Mio. Euro aus China, 98 Mio. Euro aus Taiwan und 76 Mio. Euro aus Indonesien.

Die ab Oktober 2019 angepassten [Schutzmaßnahmen](#) für verschiedene Stahlerzeugnisse bleiben bestehen, um eine schwere Schädigung der Stahlindustrie der EU durch verstärkte Einfuhren und Handelsumlenkungen zu verhindern.

Die EU nutzt handelspolitische Schutzinstrumente, um ein gesundes Wettbewerbsumfeld für die europäische Industrie wiederherzustellen, wenn sie durch gedumpte oder subventionierte Einfuhren geschädigt wird. Die EU verfügt gegenwärtig über mehr als [50 Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen](#) zur Verteidigung des Handels mit Eisen- und Stahlerzeugnissen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Übersicht über alle Schutzmaßnahmen gegen Importe in die EU](#)

[Übersicht über die europäischen Schutzmaßnahmen für Stahlerzeugnisse](#)

[Verordnung zu den vorläufigen Antidumpingzöllen auf Stahlräder aus China](#)

[Einleitung der Untersuchung der Importe von bestimmten warmgewalzten](#)

[Flacherzeugnissen aus nicht rostendem Stahl in Tafeln oder Rollen](#)

Europäische Kommission - Bericht: EU-Haushalt besser vor Betrug geschützt

Kommissionspräsident Juncker übergibt der nachfolgenden Kommission ein robustes System zum Schutz des EU-Haushalts vor Betrug. Das geht aus dem am 11. Oktober vorgelegten [Bericht über den Schutz der finanziellen Interessen der EU](#) hervor. „In den letzten fünf Jahren hat die Kommission wichtige Schritte unternommen, um sicherzustellen, dass der EU-Haushalt gut geschützt ist und einen Mehrwert für die Bürger schafft. Das sind gute Nachrichten für uns alle“, so EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger.

Kommissar Oettinger erklärte weiter: „Die Bürger können sich darauf verlassen, dass ihr Geld dorthin fließt, wo es am dringendsten gebraucht wird, dass es hilft, EU-weite Herausforderungen zu bewältigen und für eine große Zahl von Menschen in der EU und darüber hinaus einen Unterschied macht“.



Die Kommission hat im Laufe der Jahre eine Reihe von Maßnahmen zum Schutz des EU-Haushalts ergriffen. Dazu gehören beispielsweise [neue vereinfachte Regeln](#) für die Verwendung von Gelder des EU-Haushalts, die am 2. August 2018 in Kraft getreten sind. Weiterhin wurde eine neue [Strategie zur Betrugsbekämpfung](#) verabschiedet, die zum Ziel hat, Aufdeckung, Bestrafung und Verhinderung von Betrug weiter zu verbessern und die laufenden Bemühungen der Kommission zur weiteren Betrugsbekämpfung zum Nachteil des EU-Haushalts zu unterstützen.

Die Kommission unterstützte auch die [Einrichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft](#) (EPPO) - einer unabhängigen und dezentralen Strafverfolgungsbehörde der Europäischen Union. EPPO ist dazu befugt, Verbrechen gegen den EU-Haushalt - wie Betrug, Korruption oder schweren grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug - zu untersuchen, zu verfolgen und vor Gericht zu bringen. Um die reibungslose Zusammenarbeit zwischen EPPO und dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) zu erleichtern, schlug die Kommission Änderungen der [Regeln für OLAF](#) vor, die derzeit von den Mitgesetzgebern ausgehandelt werden. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 11. Oktober 2019](#)

[Bericht über den Schutz der finanziellen Interessen der EU](#)

[Neue vereinfachte Regeln für die Verwendung von Geldern des EU-Haushalts](#)

[Neue EU-Strategie zur Bekämpfung von Betrug](#)

[Weitere Informationen zur Europäischen Staatsanwaltschaft \(EPPO\)](#)

[Weitere Informationen zum Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung \(OLAF\)](#)

[Derzeitige Regeln des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung \(OLAF\)](#)

Europäische Kommission – Konsultation zur Umsetzung der Kapitalregeln für Banken und zu Referenzindizes

Die Europäische Kommission hat am 11. Oktober eine öffentliche Konsultation zur Umsetzung der endgültigen Basel-III-Normen in der EU eingeleitet. Diese international vereinbarten Normen für Banken sollen die Solidität, Stabilität und Widerstandsfähigkeit des Bankensektors weiter verbessern. Die Konsultation wird der EU helfen, sicherzustellen, dass die Besonderheiten des europäischen Bankensektors umfassend berücksichtigt werden und dass die Banken in der Lage sind, ihre Rolle bei der Finanzierung der Wirtschaft und der Finanzierung der Klimawende wahrzunehmen. In einer weiteren Konsultation befragt die Kommission die Marktteilnehmer über die Funktionsweise der bereits geltenden EU-Regeln zu Referenzindizes.

Die Kommission wird am 12. November 2019 eine öffentliche Konferenz abhalten, um die Auswirkungen und Herausforderungen der Umsetzung der endgültigen Basel-III-Reformen in der EU zu erörtern. Das Feedback aus der öffentlichen Konsultation und die Empfehlungen der EU-Bankenaufsicht EBA werden in die Folgenabschätzung der Kommission einfließen.

Die Konsultation läuft bis zum 10. Januar 2020.

Die gemeinsamen europäischen Regeln über Referenzindizes zielen darauf ab, die Genauigkeit und Integrität der auf unterschiedliche Weise verwendeten Referenzindizes zu gewährleisten. Dazu gehören Indizes, die den Wert von Finanzinstrumenten und



Finanzkontrakten bestimmen, oder Benchmarks zur Messung der Performance von Investmentfonds. • *eag Quelle: PM KOM*

Zur Konsultation:

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/finance-2019-benchmark-review/public-consultation_en

Europäische Kommission - Öffentliche Konsultation zu den bestehenden Vorschriften zur strafrechtlichen Verfolgung von Umweltstraftaten

Am Donnerstag den 10.10.2019 startete die EU Kommission eine [öffentliche Konsultation](#) zu den bestehenden Vorschriften zur strafrechtlichen Verfolgung von Umweltstraftaten. Anlass ist die Evaluierung der Richtlinie 2008/99/EG über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt, welche durch strafrechtliche Maßnahmen den Umweltschutz in der Europäischen Union wirksamer gestalten soll. Ziel der Konsultation ist es, durch neue Informationen von diversen Stakeholdern die Relevanz, Wirksamkeit, Effizienz und Kohärenz sowie den europäischen Mehrwert der Richtlinie evaluieren zu können.

Bis zum 2. Januar 2020 können alle Interessierten ihr Feedback einreichen, anschließend wird ein Bericht über die Ergebnisse der Konsultation auf der Webseite der Europäischen Kommission veröffentlicht werden. • *jk*

Europäische Kommission - Mit Westbalkan-Staaten gegen Terrorismus

9

Die EU verstärkt ihre Zusammenarbeit mit den westlichen Balkanstaaten bei der Terrorismusbekämpfung. Dazu hat EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos am 9. Oktober Vereinbarungen mit Albanien und Nordmazedonien zur Umsetzung des gemeinsamen Aktionsplans zur Terrorismusbekämpfung für die westlichen Balkanstaaten unterzeichnet. Darin werden konkrete Maßnahmen für die Jahre 2019 und 2020 sowie die Unterstützung durch die Europäische Union festgelegt. Sowohl Albanien als auch Nordmazedonien werden regelmäßig über die Umsetzung der Vereinbarungen berichten. Die Vereinbarungen zur Umsetzung der gemeinsamen Aktionspläne zur Terrorismusbekämpfung mit den anderen westlichen Balkanpartnern sind ebenfalls in Vorbereitung und werden voraussichtlich in Kürze unterzeichnet. Der im Oktober 2018 unterzeichnete gemeinsame Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung für die westlichen Balkanstaaten bildet einen übergreifenden Rahmen für Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung und zur Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus in der westlichen Balkanregion. Dieses verstärkte Engagement für die Sicherheit ist eine der [sechs Leitinitiativen](#) in der Strategie der Kommission für den Westbalkan. Weitere Informationen zu den beiden Vereinbarungen sind hier [online verfügbar](#). • *eag Quelle: PM KOM*

Mehr Informationen:

[Daily News vom 9. Oktober 2019](#)
[Strategie für den westlichen Balkan](#)



Europäischer Forschungsrat: Förderung für innovative 26 deutsche Wissenschaftler



Der Europäische Forschungsrat hat am 11. Oktober die Förderung für 126 Forschende, darunter 26 aus Deutschland, bekanntgegeben. Die Förderung der Wissenschaftler in insgesamt 37 Forschungsgruppen mit sogenannten Synergy Grants erfolgt im Rahmen des EU-Forschungsprogramms [Horizont 2020](#). Unter den Projekten mit deutscher Beteiligung befinden sich u.a. Forschungen zum Verstehen und Erstellen von Erdmodellen, Untersuchungen zur Entstehung der Milchstraße, Planeten und Sternen sowie ein Projekt, mit dessen Hilfe dynamische Städte ökologischer werden können.

Die 37 Projekte werden an 95 Universitäten und Forschungszentren in 20 Ländern des Europäischen Forschungsraums und darüber hinaus durchgeführt und rund 1000 Arbeitsplätze schaffen. 20 Projektstandorte sind in Deutschland, zwölf in Großbritannien und elf in Frankreich. Mit einem Gesamtvolumen von 363 Mio. Euro ermöglichen die Synergy Grants es den Forschenden, komplementäre Fähigkeiten, Kenntnisse und Ressourcen in einem Forschungsprojekt zusammenzuführen. Die Empfänger werden in der Lage sein, einige der komplexesten Forschungsprobleme zu lösen, die oft mehrere wissenschaftliche Disziplinen umfassen. Synergy Grants zielen auf substanzielle Fortschritte „an den Grenzen des Wissens“ ab, mit neuen Methoden und Technologien, und sind offen für unkonventionelle Ansätze und Forschung im Grenzbereich zwischen Disziplinen.

Die Synergy Grants fördern Teams von zwei bis vier vielversprechenden Wissenschaftler/innen. Zielgruppe sind exzellente Nachwuchswissenschaftler, sowie etablierte aktive Forschende mit herausragenden wissenschaftlichen Leistungen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: ERC Synergy Grants awarded to 37 research groups to take on the biggest challenges](#)

[Beispiele aus den geförderten Projekten](#) (Englisch)

[Liste aller geförderten Projekte](#)

[Webseite des ERC](#)



Sachsen-Anhalt bei der Konferenz der Automotive Intergroup im Ausschuss der Regionen vertreten

Am 8. Oktober veranstaltete die Automotive Intergroup des Ausschusses der Regionen (AdR) unter dem Vorsitz der österreichischen Steiermark eine Konferenz zur Zukunft des autonomen Fahrens. Ziel der Veranstaltung war der Austausch von Erfahrungswerten und Best Practices auf regionaler Ebene, um Empfehlungen an die durch die GD Grow vertretene Europäische Kommission (KOM) zu richten. Sachsen-Anhalt wurde dabei von **Staatssekretär Dr. Jürgen Ude** des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung (MWWD) des Landes Sachsen-Anhalt vertreten.



Im ersten Abschnitt wurden vor allem die Herausforderungen im Bereich der Mobilität und des autonomen Fahrens hervorgehoben. So sei das Ökosystem des Autonomen Fahrens sehr komplex, da es u.a. ein Zusammenspiel von Technik, Medien, Regulierung und Versicherern voraussetze. Eine Reihe an regionalen Cluster- und Forschungseinrichtungen aus Baden-Württemberg, Schweden, Spanien und Ungarn stellte ihre jeweiligen Lösungsansätze und Testeinrichtungen vor.

Insbesondere wurde betont, dass die internationale Vernetzung und Kooperation zur Schaffung kritischer Investitionsmassen und zur Erschließung neuen Wissens unabdingbar sei. Eine Vertreterin der KOM umriss im Anschluss einschlägige Aktivitäten im Automobil- und Mobilitätsbereich. Auf Basis einer EU-Vision für 2030 werde man Schlüsseltechnologien und Infrastrukturen fördern, um die EU im globalen Wettbewerb voranzubringen. Man werde zudem die Sicherheit priorisieren und soziale Aspekte wie Arbeitsplätze oder Ethik angehen. Elementar für die Weiterentwicklung des autonomen Fahrens sei allerdings die globale Kooperation, um allgemeine Standards festzulegen.

Herr StS Dr. Ude unterstrich insbesondere die Bedeutung der intelligenten Spezialisierung auf regionale Stärken. Nur hiermit könne man sinnvoll europaweite Wertschöpfungsketten aufbauen und ressourcenverschwendende Investitionsdopplungen vermeiden. Diese Vorgehensweise erlaube auch kleineren und mittleren Unternehmen, Elemente dieser Ketten mit hohem Wertschöpfungspotenzial zu erschließen. In Sachsen-Anhalt werde ein entsprechendes strategisches Vorgehen durch die Tatsache vereinfacht, dass das MWWD alle für das autonome Fahren relevanten Bereiche in einem Ressort vereine.

DF



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Albanien und Nord-Mazedonien - Von der Leyen für Beitrittsgespräche

Die designierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich für Beitrittsverhandlungen der EU mit Albanien und Nord-Mazedonien ausgesprochen. Die Eröffnung der Gespräche sei „ein Test für Europas Fähigkeit, seine Versprechen einzulösen“, heißt es in einem gemeinsamen Schreiben von der Leyens, des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, von EU-Ratspräsident Donald Tusk und Parlamentspräsident David Sassoli an die Staats- und Regierungschefs der EU.

Neben Verbesserungen in Fragen des Rechtsstaats und der Korruptionsbekämpfung hatte die EU eine Lösung des Namensstreits zwischen Griechenland und Nord-Mazedonien zur Vorbedingung für die Beitrittsverhandlungen gemacht. Die Mitgliedschaft komme aber „nicht über Nacht“, stellten die EU-Vertreter klar. Die EU hatte den Westbalkanstaaten einen Beitritt zur Gemeinschaft im Jahr 2025 in Aussicht gestellt.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 16/2019*

Der [Brief](#) an die EU-Staats- und Regierungschefs im Wortlaut

12

Gleichstellungsindex 2019



Die Gleichstellung der Geschlechter kommt in den Mitgliedstaaten nur im Schneckentempo voran. Mit 66,9 von 100 Punkten belegt Deutschland im EU-Gleichstellungsindex den 12. Platz. Der europaweite Wert für die Gleichstellung der Geschlechter liegt bei 67,4 und hat sich seit 2017 nur um einen Punkt erhöht. Der am 15. Oktober veröffentlichte Gleichstellungsindex des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) zeigt, dass trotz der Errungenschaften der letzten Jahrzehnte und der [Maßnahmen](#) der

Kommission die Fortschritte bei effektiver Gleichstellung nur sehr langsam vorankommen. Spitzenreiter innerhalb der EU ist mit 83,6 Punkten Schweden. An zweiter Stelle steht Dänemark mit 77,5 Punkten. Griechenland und Ungarn haben den größten Aufholbedarf: Beide Länder liegen unter 52 Punkten. Mit einem Plus von 3,9 Punkten hat Portugal den größten Sprung gemacht, dicht gefolgt von Estland, das sich um 3,1 Punkte verbessern konnte.

Deutschland schneidet im Bereich Bildung schlecht ab. Hier liegt der Wert bei 53,7 und belegt damit Platz 24 in der EU. Im Gegensatz zu den meisten Mitgliedstaaten ist der Anteil der weiblichen Hochschulabsolventen niedriger als der Anteil der männlichen Hochschulabsolventen (20 Prozent gegenüber 28 Prozent). Die ungleiche Konzentration von Frauen und Männern in verschiedenen Studiengängen im Hochschulbereich stellt für Deutschland nach wie vor eine Herausforderung dar. Etwa 41 Prozent der weiblichen Studierenden gegenüber 17 Prozent der männlichen Studierenden belegen ein Studienfach



im Bereich Bildung, Gesundheit und Soziales oder Geisteswissenschaften und Kunst. Im Bereich Einkommen besteht das Geschlechtergefälle trotz der Zunahme des mittleren Monatseinkommens von 2006 bis 2014 sowohl bei Frauen (+ 13 Prozent) als auch bei Männern (+ 12 Prozent) weiter. Frauen verdienen 22 Prozent weniger als Männer. Bei Paaren mit Kindern verdienen Frauen 48 Prozent weniger als Männer (38 Prozent weniger für Frauen bei Paaren ohne Kinder).

Der Index für die Gleichstellung der Geschlechter misst die Gleichstellung der Geschlechter in den EU-Mitgliedstaaten und macht Bereiche sichtbar, die verbessert werden müssen. Er analysiert sechs Kernbereiche: Arbeit, Einkommen, Bildung, Zeit, Macht und Gesundheit - und zwei weitere Bereiche: Gewalt gegen Frauen und sich überschneidende Ungleichheiten. Der diesjährige Index enthält einen besonderen Fokus auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und ihren Zusammenhang mit der Geschlechtergleichstellung.

Besonderes Augenmerk des diesjährigen Index liegt auf der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und deren Relation zur Geschlechtergleichstellung. Elternurlaub ist eine der wichtigsten politischen Maßnahmen zur Unterstützung von Eltern, die Betreuungsaufgaben mit ihrer Arbeit in Einklang bringen müssen. Jedoch können nicht alle davon Gebrauch machen. 28 Prozent der Frauen und 20 Prozent der Männer in der EU haben keinen Anspruch auf Elternurlaub.

Der Zugang zu bezahlbarer und hochwertiger Kinderbetreuung ist ein wichtiger Faktor für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, wobei nicht nur Kinder betreut werden müssen. In der EU gibt es immer mehr ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen, sodass der Bedarf an Langzeitpflegedienstleistungen für diese Personengruppen steigt. Den Löwenanteil an informeller Langzeitbetreuung übernehmen in der EU Frauen im Vorruhestandsalter. Vor allem in der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen ist der Unterschied deutlich: 21 Prozent der Frauen und 11 Prozent der Männer kümmern sich mindestens mehrere Tage pro Woche um ältere Menschen und/oder um Menschen mit Behinderungen. • *eag Quelle: PM KOM*

13

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Gleichstellungsindex 2019: Noch weit vom Ziel entfernt](#)
[Gender Equality Index 2019](#)

Projekte mit deutscher Beteiligung erhalten den Preis der RegioStars 2019



Die Europäische Kommission hat am 9. Oktober die Gewinner der [RegioStars-Preise 2019](#) bekanntgegeben. Die RegioStars-Preise zeichnen besonders innovative regionale Projekte aus. Die Europäische Kommission verleiht diese Auszeichnung jedes Jahr an EU-finanzierte Projekte, die Exzellenz beweisen und neue Ansätze in der regionalen Entwicklung vorstellen.

Auch Projekte mit deutscher Beteiligung sind unter den Gewinnern.

Die Auszeichnung für „Förderung der digitalen Transformation“ ging an [Energy Cells GR](#), ein Projekt für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei nachhaltigem Energieverbrauch



und innovativer Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen in der Großregion Saarland-Rheinland-Pfalz-Lothringen-Luxemburg. Ziel ist es, große Anteile an erneuerbarer Energie in die Stromversorgungssysteme zu integrieren.

[Climate Active Neighbourhoods \(CAN\)](#), ein Gemeinschaftsprojekt Belgiens, Frankreichs, Deutschlands, der Niederlande und des Vereinigten Königreichs, wurde für den „Bau von klimaresistenten Städten“, ausgezeichnet. Es fördert von der örtlichen Bevölkerung betriebene Strategien zur Steigerung der Energieeffizienz von Haushalten in sozial benachteiligten städtischen Gebieten. In Deutschland sind Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz an dem Projekt beteiligt.

[CobBauge](#) aus dem Vereinigten Königreich erhielt die Auszeichnung für „Ökologie in Städten“ für die Entwicklung von Vermauerungsmaterial mithilfe von Erde und Fasern. Die Auszeichnung „Bekämpfung von Ungleichheiten und Armut“ ging an [Good Support](#) aus Polen, eine Online-Plattform, die die Einwohner der Woiwodschaft Zachodniopomorskie mit den lokalen Sozialdiensten verbindet. Die Auszeichnung „Modernisierung von Gesundheitsdiensten“ ging an [Orsi Academy](#) aus Belgien, ein Schulungs- und Kompetenzzentrum im Bereich der neuen Techniken in minimal-invasiver Chirurgie und roboterunterstützter Chirurgie. Den Publikumspreis erhielt das Projekt [CityWalk](#) aus dem [Interreg-Programm für den Donaauraum](#), das den Städten im Donaauraum helfen soll, fußgängerfreundlicher zu werden.

2019 konzentrierten sich die RegioStars auf fünf Bereiche, die für die Zukunft der EU-Regionalpolitik wesentlich sind:

- Förderung der digitalen Transformation;
- Ökologie in Städten;
- Bekämpfung von Ungleichheiten und Armut;
- Bau von klimaresistenten Städten;
- Modernisierung von Gesundheitsdiensten.

Hochrangige Wissenschaftler beurteilten die eingereichten Projektanträge und wählten die Gewinnerprojekte aus. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Website RegioStars-Preise](#)

EU bewertet Sicherheitsrisiken von 5G-Netzen

Die Einführung von 5G-Netzen führt im Vergleich mit bestehenden Netzen zu einer Reihe von neuen Sicherheitsrisiken. Dazu gehören eine erhöhte Anfälligkeit für mögliche Angriffe sowie eine größere Abhängigkeit von einzelnen Anbietern. Das geht aus einer am 9. Oktober vorgestellten EU-weiten Risikobewertung von 5G-Netzen hervor, die die EU-Mitgliedstaaten gemeinsam mit der Kommission und der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) erstellt haben. Die EU sieht in den Sicherheitsherausforderungen der 5G-Netze einen Paradigmenwechsel, der eine Überprüfung des derzeitigen Sicherheitsrahmens für diesen Sektor notwendig macht.

Die Sicherheitsrisiken sind zum einen auf wichtige Teile der Software und das breite Spektrum der durch 5G ermöglichten Dienste und Anwendungen zurückzuführen. Eine weitere Herausforderung betrifft die Rolle der Anbieter beim Aufbau und Betrieb von 5G-Netzen und die Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten.



Netze der 5. Generation (5G) werden künftig die grundlegenden digitalen Infrastrukturen für unsere Gesellschaften und Volkswirtschaften bilden und Milliarden von Objekten und Systemen mit einander verbinden, auch in kritischen Sektoren wie Energie, Verkehr, Bank- und Gesundheitswesen. Sie werden industrielle Steuerungssysteme ermöglichen, die sensible Informationen verarbeiten, und Sicherheitssysteme unterstützen.

Der Bericht basiert auf nationalen Risikobewertungen aller EU-Mitgliedstaaten. Darin werden die wichtigsten Bedrohungen und Bedrohungsakteure, die sensibelsten Vermögenswerte, die wichtigsten Schwachstellen sowie eine Reihe strategischer Risiken identifiziert. Die Bewertung bildet die Grundlage für die Ermittlung von Maßnahmen zur Eindämmung von Sicherheitsrisiken, die auf nationaler und europäischer Ebene angewendet werden können.

Die Europäische Kommission gab am 26. März 2019 eine [Empfehlung](#) für eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Bewertung der Cybersicherheitsrisiken von 5G-Netzen und zur Stärkung von Präventivmaßnahmen ab, nachdem die [Staats- und Regierungschefs](#) ein abgestimmtes Vorgehen bei der Sicherheit von 5G-Netzen befürwortet hatten.

Bis zum 31. Dezember 2019 wird dann die [NIS-Kooperationsgruppe](#), die gemeinsam mit der Kommission die Kooperationsbemühungen vorantreibt, ein Instrumentarium von Risikominderungsmaßnahmen erarbeiten, um den Risiken entgegenzuwirken, die in den auf nationaler und EU-Ebene durchgeführten Risikobewertungen ermittelt wurden.

Bis zum 1. Oktober 2020 sollten die Mitgliedstaaten dann in Zusammenarbeit mit der Kommission die Auswirkungen dieser Maßnahmen bewerten und den weiteren Handlungsbedarf prüfen. Dabei sollte die koordinierte europäische Risikobewertung berücksichtigt werden. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung zur EU-weiten Risikobewertung von 5G-Netzen](#)

[Pressemitteilung zu den nationalen Risikobewertungen von Juli 2019](#)

15

Youthpass - Schon eine Million Zertifikate ausgestellt



Das 1.000.000ste Youthpass-Zertifikat ist im September über die Youthpass-Datenbank ausgestellt worden. Damit wurden seit 2007 eine Million Mal die Lernerfahrungen aus den europäischen Jugendprogrammen beschrieben und zertifiziert. Die eine Million Zertifikate wurden in mehr als 64.000 Projekten von etwas mehr als 26.000 Organisationen ausgestellt. Youthpass ist ein Zertifikat, das die Lernergebnisse von Jugendlichen und Fachkräften beschreibt, die diese in Projekten aus Erasmus+, JUGEND IN AKTION und aus dem Europäischen Solidaritätskorps gewonnen haben. Als Anerkennungsinstrument ist der Youthpass europaweit einsetzbar. Vielen dient er darüber hinaus als Nachweis für ihr bürgerschaftliches Engagement und hilft ihnen so bei der Bewerbung um Stipendien und Jobs. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 16/2019*

Zur Website von [Youthpass](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Nico and the Navigators – Verrat der Bilder-trahision des images - Augmented Reality Performance zum 100- Jährigen Bauhaus- Jubiläum



Am **10. Oktober** 2019 präsentierte das Ensemble Nico and the Navigators drei Augmented-Reality-Vorstellungen des Stückes „Verrat der Bilder – Trahision des images“ in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU. Rund 60 Gäste konnten sich in drei verschiedenen Performances zum 100-Jährigen Jubiläum des Bauhaus von der

außergewöhnlichen Inszenierung des Stückes mit speziellen Magic Leap-Brillen beeindrucken lassen.

Durch diese hochmodernen „Augmented- Reality-Brillen“, die für das optimale Erleben der Inszenierung individuell angepasst wurden, wurde der Blick unserer Gäste gebrochen, gedoppelt oder getäuscht. Mit Hilfe dieser bahnbrechenden Technologie, welche zum ersten Mal in Europa für ein Kunstprojekt eingesetzt wurde, konnte das Ensemble die Wirklichkeit der Gäste erweitern und gestalten.

Die Vorstellung, die die Architektur des Bauhaus-Stils auf eine andere Ebene brachte, bezog außerdem die von Walter Gropius geprägte Formel „Kunst und Technik – eine neue Einheit“ von 1923 in ein künstlerisches Zusammenspiel mit ein. Gleichzeitig wurde im Kontext des



Stückes auf die politischen Verwerfungen der Weimarer Republik eingegangen, sowie auf die Geschehnisse des Nationalsozialismus. Dabei klärt die Inszenierung u.a. über weitverbreitete Irrtümer zum Bauhaus auf und gibt Einblicke in bisher weniger bekannte Fakten der Bauhaus-Jahre in Weimar und Dessau. Es wurden Themen wie die ästhetische Reduktion und die Normierung des Lebens behandelt und zudem Fragen über den Wandel der Kunst und Körper-Konzepte besprochen.

Dies steht im Einklang mit der Tradition der Vertreter des Bauhauses, die sich neuer Medien mit Begeisterung bedienten. • *ra Fotos: sn*

Junge Europäische Föderalisten zu Gast in der Landesvertretung Brüssel



Am **10. Oktober** empfing die Landesvertretung die Gruppe der Jungen Europäischen Föderalisten, die aus ganz Sachsen-Anhalt nach Brüssel gekommen waren, für einen Informationsbesuch. Die Gruppe wurde über das Bauhaus-Gebäude, die Geschichte der Landesvertretung und die Arbeitsweise der Landesvertretung informiert und erhielt im Anschluss daran einen aktuellen Stand der derzeitigen Entwicklung

der europäischen Politik und der Neubildung der Institutionen.

Es wurden Anhörungen der designierten Kandidaten für die neue EU-Kommission wie auch der Ernennungsprozess selbst und die inhaltlich künftig zu erwartenden

Regelungsgegenstände thematisiert. Die Gruppe interessierte sich dafür, wie konkret die



Landesvertretung Gesetzgebungsprozesse mit begleitet und inwiefern es Einflussmöglichkeiten aus den Bundesländern heraus für die Bereiche Justiz und Inneres gibt. Diese wurden vom Dialog auf verschiedenen politischen und Arbeits-Ebenen sowie auf informatorischer oder institutioneller Ebene – wie dem Länderbeobachter und der Teilnahme an Ratsarbeitsgruppen - dargestellt und diskutiert.

Die für die fachlichen Bereiche eingesetzte Praktikantin berichtete von ihren praktischen Erfahrungen, insbesondere aus den jüngsten Ausschusssitzungen im Europäischen Parlament. Der Empfang in der Landesvertretung rundete einen mehrtägigen Besuch der Gruppe bei den Europäischen Institutionen ab. • *ml Fotos: ra*

Mahnwache in Brüssel in Gedenken an die Gewalttat in Halle

Auf Initiative der Europäischen Vereinigung Jüdischer Studenten und Studentinnen ([EUJS](#)) fand am Freitag, den **11. Oktober 2019**, vor der deutschen Botschaft in Brüssel eine Mahnwache in Gedenken an die Opfer des gewalttätigen Angriffs in Halle statt.



Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Königreich Belgien, Martin Kotthaus, äußerte seine tiefe Betroffenheit über den Angriff auf die Synagoge in Halle und die Opfer der Gewalttat. Die Mahnwache sei ein Zeichen des Zusammenstehens gegen Terror, Antisemitismus, Rassismus, Hass und Gewalt. Der Botschafter forderte eine permanente klare und entschiedene Solidarität mit den jüdischen Mitbürgern in Deutschland und sprach den Angehörigen der getöteten Opfer sowie den Verletzten sein Mitgefühl aus. Neben dem Mitglied des Europäischen Parlaments, Sergey Lagodinski, sowie der Antisemitismusbeauftragten der Europäischen Kommission, Katharina von Schnurbein, griffen weitere Vertreter jüdischer Organisationen das Wort.

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean Claude Juncker, hatte sich zuvor in einer öffentlichen Erklärung zutiefst schockiert über die mörderischen Anschläge in Halle gezeigt und alle Europäerinnen und Europäer angesichts des zunehmenden Antisemitismus zum Handeln aufgerufen. • *ms*

Rede des Botschafters: <https://bruessel.diplo.de/be-de/-/2255932>

Besuch von Auszubildenden der Stadt Bitterfeld-Wolfen in der Landesvertretung

Am **15. Oktober 2019** traf eine Gruppe von Auszubildenden der Stadt Bitterfeld-Wolfen mit ihrer Betreuerin zu einem Informationsbesuch in Brüssel ein. Die Exkursion begann mit einem



Besuch in der Landesvertretung von Sachsen-Anhalt, wo die Auszubildenden im dritten Lehrjahr im Beruf Verwaltungsfachangestellte/r eine Einführung in die Strukturen der Europäischen Union sowie in die Aufgaben und die Liegenschaft der Landesvertretung erhielten. Auf besonderes Interesse der Besucher stieß die Information über europäische Austauschmöglichkeiten, die das Förderprogramm ERASMUS+ bietet. Zu den weiteren Stationen des Aufenthaltes in Brüssel zählen ein Treffen mit den Abgeordneten des

Europäischen Parlaments, Martina Michels und Sven Schulze, ein Gespräch mit dem Europabüro des Deutschen Städtetages sowie der Besuch im Ausschuss der Regionen. Weiterführende Informationen zum ERASMUS+-Programm sind u. a. [hier](#) zu finden. • *ms*
Foto: jk



Die unendliche Feinheit des Raumes - Theatrum sonorum nach Otto von Guericke „Experimenta nova“ von Oliver Schneller



„Die unendliche Feinheit des Raumes“ heißt die Komposition von Oliver Schneller, die im Abschlusskonzert des diesjährigen SinusTon-Festivals in der Konzerthalle „Georg Philipp Telemann“ uraufgeführt wird. Das Werk des in Düsseldorf lebenden und lehrenden Komponisten greift Otto von Guericke Hauptwerk „Experimenta nova“ auf und setzt es in ein Klangtheater mit Kammerorchester, Orgel und Elektronik um. In seinem theoretischen Werk beschreibt Guericke unter anderem seinen berühmten Halbkugelversuch. Die Materialien wie Metall, Glas, Holz, Luft und Wasser, die in

der Welt Guericke seine große Rolle spielten, greift auch Oliver Schneller in seinem Werk auf. Für die Aufführung konnte neben dem Organisten Franz Danksagmüller und dem Mendelssohn-Kammerorchester Leipzig mit dem Dirigenten Manuel Nawri ein namhafter Experte für Neue Musik gewonnen werden.

Erfahren Sie mehr unter: <http://www.facebook.com/sinustonfestival/> oder <http://www.sinuston.org>

Das Abschlusskonzert des diesjährigen SinusTon-Festivals wird von der Kunststiftung Sachsen-Anhalt gefördert.

Die unendliche Feinheit des Raumes

Franz Danksagmüller | Orgel
Mendelssohn Kammerorchester Leipzig
Henrik von Coler | Klangregie
Manuel Nawri | Dirigent

Konzert

Sonntag, **27. Oktober 2019**

Eröffnung 17.00 Uhr

Konzerthalle „Georg Philipp Telemann“ im Kloster Unser Lieben Frauen SinusTon –
Magdeburger Tage der elektroakustischen Musik

Breiter Weg 110

39104 Magdeburg

• *eag Quelle: Newsletter der Kunststiftung Sachsen-Anhalt vom 10. Oktober 2019*



Die EU-Ratspräsidentschaft Finnlands: ein nachhaltiges Europa – eine nachhaltige Zukunft

Die Europäische Bewegung Sachsen-Anhalt organisiert eine Diskussionsveranstaltung mit **I.E. Frau Anne Sipiläinen, Botschafterin von Finnland**, zu den Schwerpunkten der aktuellen EU-Ratspräsidentschaft Finnlands.



Am 1. Juli 2019 hat Finnland als Nachfolger von Rumänien in der Triopräsidentschaft mit Kroatien nunmehr zum dritten Mal nach 1999 und 2006 die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Finnland, das seit 1995 Mitglied der EU ist, hat sich die Stärkung der gemeinsamen Werte und des Rechtsstaatlichkeitsprinzips, eine wettbewerbsfähige und sozial inklusive Union, die Stärkung der EU als Vorkämpfer für den Klimaschutz sowie die Gewährleistung umfassender Sicherheit für alle Europäerinnen und Europäer als Ziele gesetzt.



Die Veranstaltung wird von der IHK Magdeburg, der Handwerkskammer Magdeburg und der Deutsch-Finnischen Gesellschaft unterstützt.

Termin: Dienstag, **29. Oktober 2019**, 19 – ca. 21 Uhr, Handwerkskammer Magdeburg, Gareisstraße 10, 39106 Magdeburg

20

Sicherlich wird es eine spannende Diskussion geben, da am 31. Oktober 2019 der Austritt Großbritanniens aus der EU derzeit terminiert ist. Aber auch Themen wie Flüchtlingskrise, Klimawandel und Umweltschutz und die neue EU-Kommission werden im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Die Botschafterin wird sich den Fragen der Teilnehmer stellen. Interessenten sind zur Teilnahme herzlich eingeladen.

Auskünfte und Rückfragen unter:

info@europaeische-bewegung-sachsen-anhalt.de

Tel.: 0049 391 5 69 33 42

• *Gastartikel*



Gesundheit europäisch en vogue – Finden Sie mit dem Enterprise Europe Network Kooperationspartner auf WHINN und Medica!

Die Gesundheitswirtschaft steht beim [Enterprise Europe Network](#) (EEN) aktuell im Fokus. Für sachsen-anhaltische Unternehmen aus dieser Branche sind im November direkt zwei nützliche Veranstaltungen geplant:

- Auf der *Medica* (**18. bis 21. November** in Düsseldorf), dem weltweit größten Treffpunkt der Medizinbranche, veranstaltet das EEN ein **internationales Brokerage Event**, das mittlerweile eine 20-jährige Tradition hat. Im Rahmen dieser Kooperationsbörse treffen sich Unternehmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen in individuell organisierten Meetings, um Geschäfts-, Technologie oder Forschungspartner aus Europa und darüber hinaus zu finden. Nähere Informationen zum Programm und zur Anmeldung finden Sie auf der [Veranstaltungsseite](#). Das Team des EEN Sachsen-Anhalt (Ansprechpartner siehe unten) unterstützt Sie gern bei der Registrierung, beim Anlegen eines Profils und bei der Buchung von Gesprächen.
- Beim Thema Innovation in der Gesundheitswirtschaft gilt Dänemark als Vorreiter in Europa. Daher führt die gemeinsame Beratungsinitiative Horizont 2020 von EU-Hochschulnetzwerk, EEN und EU Service-Agentur eine **Reise für Interessierte aus Sachsen-Anhalt** zur *Week of Health and Innovation* (WHINN) in Odense (**Dänemark**) durch. Im Rahmen der gemeinsamen Reise (**19. bis 21. November**) werden die Konferenztage von Ausstellungen, Matchmaking, Vernetzungsangeboten, Workshops und Site Visits begleitet ([zum Programm](#)). Entscheidungsträger, Politiker, Kliniker und innovationsorientierte Wissenschaftler, Unternehmen und Endnutzer mit Interesse an Innovationen im Gesundheitswesen aus Sachsen-Anhalt sind herzlich zu dieser Schlüsselveranstaltung eingeladen. Mit der Reise soll die Kooperation zwischen beiden Regionen und darüber hinaus die internationale Vernetzung der sachsen-anhaltischen Gesundheitswirtschaft weiter vorangetrieben werden. Das Anmeldeformular finden Sie [hier](#). Bei Interesse wenden Sie sich gerne an das Team des EEN (Ansprechpartner siehe unten).
- *Gastartikel*

Ansprechpartner im EEN Sachsen-Anhalt:

Helga Ilchmann, hilchmann@tti-md.de, Tel. 0391 7443542





Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen „Unterstützung von Informationsmaßnahmen zur EU-Kohäsionspolitik“
Fundstelle: Abl.	C 344 vom 11. Oktober 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:344:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	10. Dezember 2019
Antragsunterlagen:	Die Antragsformulare sowie weitere Informationen über die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen sind dem Leitfaden für Antragsteller zu entnehmen: http://ec.europa.eu/regional_policy/de/newsroom/funding-opportunities/calls-for-proposal/

67. Europäischer Wettbewerb - „EUnited - Europa verbindet!“

Der 67. Europäische Wettbewerb „EUnited – Europa verbindet“ ruft dazu auf, sich auf das zu besinnen, was Europa verbindet. Dabei stehen in diesem Schuljahr insgesamt 13 Aufgaben für vier Altersgruppen zur Wahl.

Im Rahmen einer Sonderaufgabe sind alle Altersgruppen eingeladen, ihre Wünsche und Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ab Juli 2020 zu formulieren:

Was sollte Deutschland tun, um die europäischen Werte zu stärken? Die Gewinnerprojekte können sich auf eine Reise nach Brüssel freuen.

Auch methodisch können die Teilnehmenden ihren persönlichen Interessen folgen: Ob Bild, Text oder Video, selbst komponierter Hip Hop, Plakatserie oder Poetry Slam – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 16/2019* (siehe auch WS 30 und 32)

Zu den [Aufgaben des Europäischen Wettbewerbs](#)



Ausbildungsplätze für Rechtsreferendare in der Europäischen Kommission hier: GD Umwelt, internationale Beziehungen

Die Abteilung "Globale Nachhaltige Entwicklung" (v.a. multilaterale Umweltabkommen und bilaterale/regionale Beziehungen zu Drittländern) in der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission bietet qualifizierten deutschen Referendar(inn)en die Möglichkeit, ihre Wahl- bzw. Verwaltungsstation in der Europäischen Kommission abzuleisten.

Die Abteilung mit drei Referaten koordiniert die internationalen Beziehungen der EU im Umweltbereich mit dem Ziel, nachhaltige Entwicklung im internationalen Rahmen zu fördern sowie den Zustand der Umwelt regional und global zu verbessern. Zu den Prioritäten



gehören: die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und deren Integration in interne und externe Aktivitäten der EU; die Zusammenarbeit mit relevanten regionalen und globalen Institutionen, insbesondere dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP); die Weiterentwicklung des relevanten Völkerrechts u.a. im Bereich des Meeresumweltschutzes; der Vollzug bestehender internationaler Umweltabkommen u.a. zum Handel mit Holz(-erzeugnissen) und mit geschützten Arten (CITES) sowie zur biologischen Vielfalt/ genetischen Ressourcen (CBD/ABS); die Annäherung der Beitrittskandidaten und der Länder der östlichen und südlichen Nachbarschaft an den umweltrechtlichen *acquis* der Union.

Die Tätigkeit verlangt gute Kenntnisse des EU- und des Umweltrechts sowie Interesse an internationalen Fragen. Grundkenntnisse des Rechts der EU-Außenbeziehungen und der internationalen Organisationen sind von Vorteil. Die sichere Beherrschung der englischen neben der deutschen Sprache wird vorausgesetzt; französische Sprachkenntnisse sind vorteilhaft, Teamfähigkeit und Flexibilität notwendig. Die Referendar(inn)e(n) werden vollständig in die Arbeit der Abteilung integriert. Sie nehmen an Besprechungen teil, fertigen Dokumente an und unterstützen bei der Vorbereitung internationaler Verhandlungen. Der Mindestaufenthalt beträgt drei Monate. In der Abteilung stehen deutsche Volljuristinnen für die Betreuung bereit.

Interessierte Bewerberinnen und Bewerber werden gebeten, ihre **Bewerbung bis zum 21. Oktober 2019** an Frau Pardo Lopez (Dorte.PARDO-LOPEZ@ec.europa.eu) mit Kopie an Frau Führmann (heidi.fuehrmann@ec.europa.eu) zu senden.

• *eag Quelle: Rundmail AA vom 9. Oktober 2019*



Auswärtiges Amt



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt

Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungsge such Eurostars2 Südkorea	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	<p>Partner für die Entwicklung eines 3D-basierten Konferenzsystems mit Echtzeit-Dolmetsch- und Übersetzungstechnologie gesucht</p> <p>Ein koreanisches Unternehmen, das sich auf VR/AR-Lösungen spezialisiert hat, bereitet sich auf einen Projektantrag unter Eurostars2 im Jahr 2020 vor. Hauptziel der gemeinsamen Forschung ist die Entwicklung einer 3D-Technologie-basierten Software, die für die Konferenzsysteme von Unternehmen eingesetzt werden kann. Zu diesem Zweck sucht das Unternehmen nach Partnern, die sich auf Technologien der Echtzeit-Spracherkennung, der Textkonvertierung (STT: Speech to Text) oder der cloudbasierten Technologie zur Unterstützung der Echtzeitübersetzung in verschiedene Sprachen spezialisiert haben. Die gesuchten Partner können Unternehmen, Forschungseinrichtungen oder Universitäten sein, vorzugsweise aus der Elektronik- und Informationskommunikation mit Echtzeit-Dolmetsch- und Übersetzungslösungen.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/a4b0cb9b-ee25-40fb-97ad-3eab49a42722</p> <p>Referenznummer: RDKR20191004001</p>



Technologiegesuch Belgien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	Belgisches Start-up sucht Partner aus dem Bereich der Mikromobilität Ein belgisches Start-up mit Sitz in Brüssel eröffnet ein Zentrum für Mobilität, das Nutzer über die Möglichkeiten der "sanften Mobilität" informieren, anleiten und beraten wird. Dazu sucht das Unternehmen Produkte im Bereich der Mikro- und alternativer Mobilität wie Elektroroller, Einräder, elektrische Skateboards, elektrische Einräder, sicherheitsrelevante Produkte oder andere innovative Lösungen, die noch nicht auf dem Markt sind. Der Partner sollte in der Lage sein, Produkte zur Demonstration, technische Unterstützung für Kundenanfragen sowie Reparatur- und Wartungsprogramme bereitzustellen. Es wird ein kommerzielles Abkommen mit technischer Unterstützung angestrebt. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/0a20e67b-dcb5-4ded-a406-9322a7ef4a72 Referenznummer: TRBE20190902001
Technologiegesuch Niederlande	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	Rechtsschutzversicherer sucht nach digitalen Lösungen, um rechtliche Probleme zu vermeiden und zu begrenzen Ein niederländischer Rechtsschutzversicherer sucht KMUs und Start-ups aus Europa, die Lösungen zur Vermeidung und Begrenzung rechtlicher Probleme für Verbraucher und Unternehmer mit einfach zu bedienenden digitalen Werkzeugen anbieten. Die Zusammenarbeit würde im Rahmen eines Forschungs- oder eines Abkommens über technische Zusammenarbeit erfolgen. Diese Anfrage bezieht sich auf eine Innovationsherausforderung, die auf einer offenen Plattform veröffentlicht wurde.



		<p>Um gemeinsam innovative Lösungen zu finden, sollten die gesuchten Partner über Fachwissen, Methoden und Technologien in folgenden Bereichen verfügen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Technik & Design• Soziales Wissen• Großdatenanalyse• Kreatives Denken / Dienstleistungsdesign <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/d0d920ae-aa55-4b65-8968-8614145fbf03</p> <p>Referenznummer: TRNL20190926001</p>
Geschäftliches Gesuch Albanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	Lieferanten für Arzneimittel, Nahrungsergänzungsmittel, Kosmetika, Kräuter- und Medizinprodukte gesucht Ein albanisches Unternehmen ist in zwei Bereichen tätig: im Einzelhandel als Inhaber einer Apothekenkette sowie im Großhandel als Importeur und Pharmaverteiler, der 30 ausländische Unternehmen auf der ganzen Welt vertritt. Das Unternehmen hat Erfahrung im Import, Vertrieb, Marketing und Verkauf von para-pharmazeutischen und pharmazeutischen Produkten und sucht nach Lieferantenvereinbarungen und Herstellungsverträgen für verschiedene Produkte wie Arzneimittel, Nahrungsergänzungsmittel, Kosmetika, Kräuterprodukte und Medizinprodukte. Ziel des Unternehmens ist es, für diese Produkte der einzige exklusive Vertriebspartner für die gesamte Region Albanien zu sein. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/34f461e3-b195-4f9c-9d47-0c961e5c3fcc Referenznummer: BRAL20191007001



Neu in der Landesvertretung – Hospitant Stefan Glasewald

Als es vor vielen Jahren darum ging, mich für einen Berufswunsch zu entscheiden, fiel mein Augenmerk auf das Vermessungsstudium. Ich wollte zwar einerseits in einem technischen Bereich arbeiten, aber mich andererseits auch im ständigen und direkten Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern befinden. Dass es sich dabei nicht nur um Büroarbeit handelt, sondern insbesondere um die direkte Arbeit Vor-Ort, hat mich besonders gereizt. Über das anschließende technische Referendariat habe ich dann meine Passion für die Flurneuordnung gefunden. Diese beinhaltet, unter anderem, die umfassende und zeitgemäße Neuordnung ländlichen Grundbesitzes, die Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Weinbau, den Ausbau der landwirtschaftlichen Infrastruktur und der Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen wie beispielsweise Renaturierung von Gewässern, Anlegen und Erneuern von Hecken, Alleen, Baumgruppen und Aufforstungen. Auch großräumige Infrastrukturprojekte wie der Autobahnbau oder der Ausbau des Schienennetzes werden durch die Flurbereinigung begleitet. Auf Grund der in den letzten Jahren zunehmenden Starkregenniederschläge ist auch die Anlage von leistungsstarken Wasserrückhaltesystemen (u.a. Auffangbecken und –gräben, Drossellungen, Abfanghecken) im ländlichen Bereich als Schutz von leidtragenden Gemeinden ein Teil dieser Aufgabe.

Als einer für die Flurneuordnung zuständigen Sachgebietsleiter im Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Süd, habe ich mich entschlossen, an der von der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt durchgeführten Qualifizierungsmaßnahme „Europa und Internationales“, zu dieser meine derzeitige zweiwöchige Hospitanz in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel gehört, teilzunehmen.

Die EU beteiligt sich umfassend an der Förderung der Flurneuordnung mit dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER). Mit dieser Fortbildung möchte ich einen vertieften Einblick in die unterschiedlichen EU-Institutionen erlangen und insbesondere mehr über das Zusammenspiel der einzelnen Akteure und die Einfluss- und Beteiligungsmöglichkeiten Deutschlands und Sachsen-Anhaltes erfahren.

Ganz herzlich möchte ich mich für den freundlichen Empfang und die großartige Unterstützung meiner Fortbildung beim gesamten Team der Landesvertretung bedanken und freue mich auf ereignis- und lehrreiche 2 Wochen mit Ihnen und insbesondere mit meiner Referentin Frau Dr. Schwarz.

Stefan Glasewald

Sachgebietsleiter „Flurneuordnung“ im Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Süd des Landes Sachsen-Anhalt



GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Seit 1979 findet in Deutschland jährlich am 16. Oktober der Welthunger- bzw. Welternährungstag statt, um auf die über 820 Millionen hungernden Menschen weltweit aufmerksam zu machen. Die BürgerInnen sollen durch unterschiedliche Aktivitäten sensibilisiert und informiert werden, da eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung noch immer keine Selbstverständlichkeit, sondern Luxus ist. In diesem Zusammenhang wollen wir über die Lebensmittelverschwendung in Deutschland und Europa informieren. Die Verschwendung von Nahrungsmitteln ist nicht nur aus ethischen Gründen verwerflich, sondern führt zeitgleich auch zu einer Vergeudung von wertvollen Ressourcen wie Wasser, Land, Arbeit oder Energie und somit zum Fortschreiten des Klimawandels durch eine erhöhte CO₂-Emission.



28

1. Lebensmittelverschwendung findet nicht nur in privaten Haushalten statt, sondern ebenfalls bei der landwirtschaftlichen Produktion, dem Transport, in der industriellen Verarbeitung oder im Vertrieb von Lebensmitteln. Welche Menge an Nahrungsmitteln wird im Durchschnitt jährlich in der gesamte EU pro Kopf entsorgt?

- A) etwa 90 kg pro Person
- B) etwa 170 kg pro Person
- C) etwa 240 kg pro Person



2. Auch wenn die durchschnittliche Lebensmittelverschwendung in der EU sehr hoch ist, gibt es Länder wie Malta oder Slowenien, in denen vergleichsweise wenig Nahrungsmittel weggeworfen werden. Aber in welchem Land der EU ist die Gesamtmenge (private Haushalte, Herstellung, Gastronomie...) entsorgter Lebensmittel pro Person am höchsten?

- A) Niederlande
- B) Deutschland
- C) Spanien

3. Ein Grund, warum vor allem in privaten Haushalten so große Mengen Lebensmittel entsorgt werden, ist das fehlende Wissen der BürgerInnen zu Begriffen wie „Mindesthaltbarkeitsdatum“ oder „Verbrauchsdatum“. Oftmals werden die Produkte nach Überschreiten des angegebenen Datums einfach entsorgt. Welche der folgenden Aussagen treffen zu?

- A) Lebensmittel sind auch nach Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums noch genießbar.
- B) Lebensmittel sind auch nach Ablauf des Verbrauchsdatums noch genießbar.
- C) Alle Lebensmittel müssen mit einem Mindesthaltbarkeits- bzw. Verbrauchsdatum gekennzeichnet sein.
- D) Lebensmittel können auch vor dem Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums verfallen.



Lösung:

1. B) Schätzungsweise werden jährlich in der EU 173 kg Lebensmittel pro Kopf entsorgt. Dies entspricht einer Menge von etwa 88 Millionen Tonnen Nahrungsmitteln und zusätzlich 170 Millionen Tonnen CO₂, die im Zuge der Erzeugung und Beseitigung von diesen Abfällen ausgestoßen werden. Etwa die Hälfte der Lebensmittelabfälle stammt aus privaten Haushalten, was hauptsächlich an falscher oder nicht vorhandener Planung von benötigten Mengen, der Entsorgung von Resten und schlechter Lagerung liegt. Fast genauso groß ist der Anteil entsorgter Lebensmittel der in der Herstellung anfällt. Überproduktion, Nebenprodukte, Ausschuss oder Beschädigungen sorgen dafür, dass ca. 40% der Lebensmittelabfälle schon bei der Herstellung entstehen. Aber auch in der Gastronomie werden große Mengen der Nahrung weggeworfen. Gründe hierfür sind die unterschiedlichen Portionsgrößen und die oft fehlende Möglichkeit für Kunden, Reste mitnehmen zu können. Etwa 5% der Lebensmittelverschwendung ist aufgrund von Überbestand, ästhetischen Standards oder Verpackungsmängeln auf den Groß- und Einzelhandel zurückzuführen. Weltweit werden pro Jahr ungefähr 1,3 Milliarden Tonnen Lebensmittel entsorgt, was in etwa einem Drittel aller für die menschliche Ernährung erzeugten Nahrungsmittel entspricht.

2. A) Mit 541kg Lebensmittelabfälle liegen die Niederlande auf Platz 1 der Lebensmittelverschwendung in der EU, gefolgt von Belgien mit 345kg pro Kopf und Zypern mit 327kg pro BürgerIn. In Deutschland werden jährlich etwa 150kg Nahrungsmittel entsorgt. Um die Vergeudung von Lebensmitteln zu reduzieren, können schon einfache und gut umsetzbare Maßnahmen hilfreich sein. Es ist beispielsweise ratsam, im Vorfeld einen Essensplan festzulegen und nach diesem einzukaufen. Außerdem können Reste verwertet oder eingefroren werden. Auch politische Maßnahmen wie Erleichterungen in der Lebensmittelspende können die Lebensmittelverschwendung reduzieren. So soll laut EU-Parlament die Menge entsorgter Nahrungsmittel bis 2030 halbiert werden.

3. A) und D) Das Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) gibt an, bis zu welchem Zeitpunkt Lebensmittel bei richtiger Aufbewahrung ihre spezifischen Eigenschaften wie Konsistenz, Geschmack oder Geruch behalten. Dies bedeutet, dass Lebensmittel, die das MHD bereits überschritten haben, in den meisten Fällen noch gut zu genießen sind. Dennoch muss sich der Verbraucher vor dem Verzehr davon überzeugen, dass das Produkt nicht verdorben ist. Allgemein ist dies immer notwendig, da in seltenen Fällen Lebensmittel auch vor dem Überschreiten des Mindesthaltbarkeits- bzw. Verbrauchsdatums verderben können, beispielsweise durch Keime oder beschädigte Verpackungen.

Im Gegensatz zum MHD sollten Lebensmittel mit einem Verbrauchsdatum, oftmals auch gekennzeichnet mit „zu verbrauchen bis:...“, nicht länger aufgehoben werden, da es andernfalls zu gesundheitlichen Schäden kommen kann. Verbrauchsdaten befinden sich meist auf leicht verderblichen Lebensmitteln wie rohem Fleisch.

Produkte wie frisches Obst und Gemüse, Salz oder Zucker und Essig müssen nicht mit einem MHD gekennzeichnet werden. Wie lange sich Lebensmittel nach Ablauf des MHDs noch halten, hängt stark von dem Produkt ab. Sie können noch wenige Tage (z.B. Milchprodukte, Wurst) oder sogar mehrere Monate (z.B. Wein, Marmelade, Kaffee, Nudeln) genießbar sein.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
NN	Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Voigt (SV)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Andrea Lindemann (AL)	Hospitantin	...38	E-Mail
Stafan Glasewald (SG)	Hospitant	...23	E-Mail
Jana Koch (JK)	Praktikantin	...22	E-Mail
Sophia Neumann (SN)	Praktikantin	...22	E-Mail
Rebecca Aspetti (RA)	Praktikantin	...14	E-Mail
Daniela Sheri (DS)	Praktikantin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

